Extra
Stuttgart links
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart
März 2011

Gesundheit ist keine Ware!

Das Gesundheitswesen wird zunehmend den ökonomischen Bedingungen des „freien Marktes“ unterworfen. Konkurrenz soll angeblich zu günstigeren und qualitativ besseren Leistungen führen. Die Patienten werden zu Kunden. Anstelle einer Rundum-Krankenversicherung soll der „mündige“ Patient selbst wählen, gegen welche Gesundheitrisiken er sich versichern will. Wer weniger Geld hat, wird mit mehr Versicherungslücken leben müssen. Auch weitergehende medizinische Leistungen werden sich nur noch Reiche leisten können. Dabei wird verschwiegen, dass Gesundheit nicht den Charakter einer marktfähigen Handelsware annehmen kann und darf. Im Gegensatz zur neoliberalen Marktideologie ist der hilfsbedürftige Patient nämlich nicht dazu in der Lage das beste Angebot auf dem Gesundheitsmarkt auszuwählen. Und das muss er auch nicht! Gesundheit ist wie Atemluft, Trinkwasser, Lebensmittel, Wohnung und Bildung ein lebensnotwendiges Gut, welches im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge unabhängig vom Einkommen gesichert sein muss.

Durchlöchertes Solidarprinzip

Durch jahrzehntelange gewerkschaftliche Kämpfe wurde das Gemeinwohlinteresse insofern durchgesetzt, dass Krankenkassenbeiträge solidarisch finanziert wurden. D.h. alle bezahlen prozentual nach ihren Löhnen Krankenkassenbeiträge. Im Krankheitsfall erhält jeder von der Krankenkasse in vollem Umfang alle medizinisch erforderlichen Leistungen. Durch Zusatzbeiträge und -versicherungen wird dieses Solidarprinzip schon seit Jahren immer mehr ausgehöhlt. So waren früher z.B. Brillen, Zahnersatz, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel selbstverständliche Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Doch seit angeblich kein Geld mehr da ist, werden sie schrittweise abgebaut und die „Kunden“ müssen eben immer mehr „Eigenleistung“ erbringen.

... alles nur eine Frage der Wirtschaftlichkeit!

Angebliche Kostenexplosion

Fragt sich nur, warum kein Geld mehr da ist. Von Kostenexplosionen ist immer wieder die Rede, womit regelmäßige Beitragserhöhungen gerechtfertigt werden. Bei genauerer Betrachtung ist der Anteil der Gesundheitsausgaben nur in dem Maße gewachsen, wie die Ausgaben der gesamten Volkswirtschaft. D.h. es gibt lediglich eine wie in allen Lebensbereichen übliche Kostensteigerung und keine Kostenexplosion. Doch dafür gibt es trotz steigender Krankenkassenbeiträge sinkende Einnahmen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen:

- Sinkende Reallöhne, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, unbezahlte Praktika, Hartz-IV und Arbeitslosigkeit verringern die Einnahmen.
- Durch die Beitragsbemessungsgrenze bezahlen Wohlhabende nur einen eingefroren Höchstbetrag und keinen ihrem Einkommen entsprechenden prozentualen Anteil. Hinzu kommt, dass Besserverdienende in Privatversicherungen abgeworben werden.
- Mit Hilfe gesetzlicher Regelungen wurde Geld aus der Krankenversicherung in andere Sozialetats umverteilt. Die gesetzlichen Krankenversicherungen büßten dadurch Einnahmen ein und wurden mit zusätzlichen Aufgaben finanziell belastet.

Der lukrative Markt

Durch die Zerschlagung des solidarisch finanzierten Gesundheitswesens können die Marktmechanismen besser greifen und die Profite gesteigert werden. Pharmaindustrie, Hersteller von medizinischen Geräten, private Krankenversicherungen und Krankenhauskonzerne wie Sana oder Asklepios erwirtschaften Gewinne in Milliardenhöhe. Beispiel Pharmaindustrie: Etwa 1000 verschiedene Medikamente würden ausreichen, um Krankheiten nach den aktuellen medizinischen Standards behandeln zu können. In Deutschland gibt es aber über 50 000 verschiedene Medikamente, die sich in ihrer Wirkungsweise nicht wesentlich unterscheiden. Medikamente sind in Europa nirgends so teuer wie in Deutschland. So liegen bei den 20 am meisten benutzten Medikamenten die Preise in Deutschland 48% über den Preisen in Schweden. Diese Preissituation bringt der Pharmaindustrie in Deutschland im Vergleich zu Schweden ca. 9 Mrd € Extraprofite ein.

Bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Wenn politisch gewollt, wäre es kein Problem, der gesamten Bevölkerung eine Gesundheitsversorgung nach den aktuellen medizinischen Standards in vollem Umfang zu ermöglichen. Statt vieler miteinander konkurrierender Krankenversicherungen wäre eine einzige solidarisch und paritätisch finanzierte Krankenversicherung für alle ausreichend. Dies widerspricht aber der kapitalistischen Profitlogik und muss deshalb gegen Konzerninteressen durchgesetzt werden.

Diskussions-Veranstaltung der **DKP** zur

Gesundheitspolitik

mit

Monika Münch-Steinbuch

Ärztin am Klinikum in Stuttgart

Inhalt:

Krankenhausfinanzierung in Baden-Württemberg
drohender Ärzte- und Pflegenotstand
Rösler-Reformen

Donnerstag, 24.März
19.00 Uhr
Clara-Zetkin-Waldheim Sillenbuch, Gorch-Fock-Straße 26.

Aufhebung der Parität ist Lohnraub

Mit der Röslerschen „Gesundheits"reform wurden zum Januar 2011 die Kassenbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,3% des Bruttolohns angehoben. Die abhängig Beschäftigten bezahlen nun 8,2%, während die Unternehmer nur 7,3% bezahlen. Der Beitragssatz der Unternehmer wird auf Dauer eingefroren. Künftige Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge bezahlen somit nur noch die Beschäftigten in Form von Zusatzbeiträgen – 2% des Bruttolohns sind angeblich zumutbar. Dies entspricht quasi dem Einführen einer Kopfpauschale. Langfristig wird beabsichtigt, den „eingefrorenen" Unternehmeranteil direkt als Lohnanteil auszubezahlen. Als Folge müssten die Beschäftigten ihre Krankenversicherungsbeiträge dann selbst nach ihren „Bedürfnissen", sprich ihren finanziellen Möglichkeiten bezahlen. Mit dem Einfrieren des Unternehmeranteils ist die paritätische Finanzierung endgültig aufgehoben.

Parität und Arbeitsbedingungen

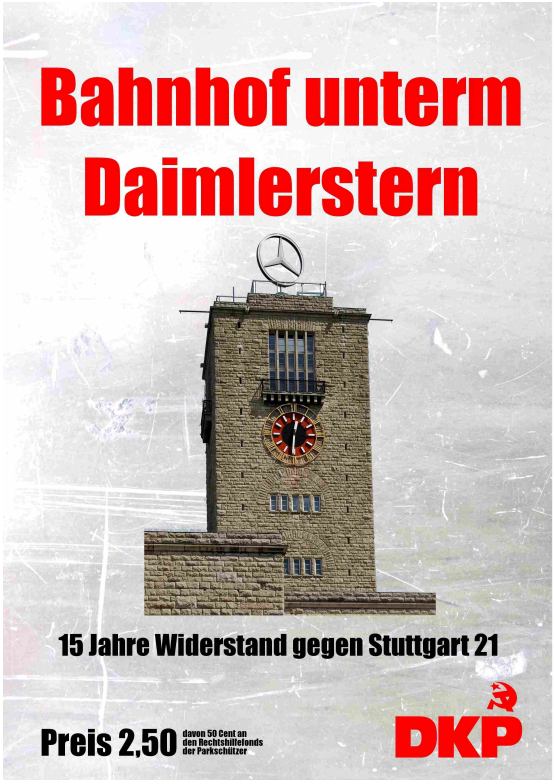
Seit der Einführung der Sozialversicherungen wurden diese paritätisch finanziert, d.h. Unternehmer und Beschäftigte mussten je zur Hälfte für die Kosten aufkommen. Mit dieser Regelung wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass belastende Arbeitsbedingungen Auswirkungen auf die Gesundheit der Beschäftigten haben.

Derzeit muss jeder Beschäftigte immer mehr Arbeit in immer kürzerer Zeit erbringen. Häufiger Stress und dauernde Arbeitsüberlastung sind die Folgen. Jeder Mensch reagiert mit seiner „individuellen Schwachstelle" auf chronische Überlastungen. So sind nicht selten körperliche oder psychische Erkrankungen Folgen solcher Arbeitsbelastungen.

Müssen Unternehmer die Hälfte der Kosten zur Krankenversicherung tragen, so haben auch sie ein Interesse an weniger gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen. Gelingt es der Unternehmerseite jedoch aus der paritätischen Finanzierung auszusteigen, so werden die Arbeitsbedingungen noch stärker der Profitmaximierung untergeordnet. Beschäftigte, die den Anforderungen nicht Stand halten, werden dann ausgetauscht.

Versicherungsbeiträge sind Lohnkosten

Sozialversicherungsbeiträge sind Teil des Lohnes. Der Anteil an Versicherungsbeiträgen, den die Unternehmer bezahlen, wird als Lohnnebenkosten bezeichnet. Diese gilt es angeblich im internationalen Wettbewerb zu senken, um konkurrenzfähig zu bleiben, sprich die Profite weiter zu maximieren. Mit dem Einfrieren des Unternehmeranteils an der Krankenversicherung auf 7,3% rücken sie dem Ziel, Lohnkosten zu senken, einen wesentlichen Schritt näher. So werden langfristig per Gesetz unsere Löhne gekürzt. Lasst uns gemeinsam gegen diesen Lohnraub kämpfen!



Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart: **Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101**

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Reinsburgstr. 178a, 70197 Stuttgart,
Tel. u. Fax 0711 6599900
www.dkp-stuttgart.org